

Newsletter aus Europa No. 18 (April 2011)

In diesem Newsletter finden Sie:

- » Aktuelles aus Straßburg
- » Aktuelles aus den Ausschüssen
- » Aktuelles aus den Delegationen
- » Was macht eigentlich das Büro von MdEP...?
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

Aktuelles aus Straßburg

Asylverfahren

Am 6. April sprach sich das Europäische Parlament mit knapper Mehrheit für die Einführung EU-weiter Mindeststandards bei Asylverfahren aus. Zwei Dinge wurden dabei klar gestellt: Menschen, die verfolgt werden, sollen schnell und fair Asyl gewährt bekommen. Antragsteller, die jedoch kein Recht auf Asyl haben, sollen schnell einen ablehnenden Bescheid erhalten. Dadurch soll der Schutz Bedürftiger überall gleichermaßen gewährleistet, gleichzeitig aber dem Missbrauch vorgebeugt werden.

Bis 2012 soll ein gemeinsames europäisches Asylsystem eingerichtet werden. Darauf haben sich die EU Staats- und Regierungschefs bereits 2008 geeinigt. Derzeit hängt allerdings selbst die Genehmigung eines Asylantrages stark davon ab, in welchem Mitgliedsstaat der Antrag gestellt wird. Die teils höchst unterschiedlichen Asylregelungen führen dazu, dass nicht überall davon ausgegangen werden kann, dass Flüchtlinge unter menschenwürdigen Umständen leben können bzw. faire Verfahren zu erwarten haben.

Durch sein Votum hat das Europäische Parlament daher ein deutliches Signal an die Mitgliedstaaten gesendet: die EU muss für ihre Werte einstehen; der Schutz Hilfsbedürftiger und die Solidarität unter den Staaten gehören ganz einfach zu unseren Prinzipien.

Nur schade, dass diese Botschaft nicht bei den Konservativen ankommen wollte. Denn obwohl vielen ihrer Forderungen entsprochen wurde, sprachen sie sich ganz gegen den Bericht aus. Dies ist hoffentlich nicht als Abkehr vom christlichen Aspekt ihrer Politik zu verstehen.

Die Asylverfahrensrichtlinie ist Teil des "Asylpakets". Die darin enthaltenen fünf Richtlinien sollen zur Schaffung eines europäischen Asylsystems beitragen. Das heutige Votum des Europäischen Parlaments fließt nun in den neuen Vorstoß der Kommission ein, dieses Ziel zu erreichen. Wäre der Bericht vollständig zurückgewiesen worden, wie die Konservativen dies forderten, wäre die Meinung des Europäischen Parlaments gänzlich außen vor geblieben.

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

der Flüchtlingsstrom aus Nordafrika bricht nicht ab. Die Entwicklungen dort fanden ihren tragischen Höhepunkt im Schiffbruch eines Flüchtlingsboots vor Lampedusa, bei dem mehr als 150 Menschen ums Leben kamen.

Die EU will sich als Raum des Schutzes und der Solidarität darstellen. Menschen kommen zu uns, weil sie Hilfe suchen. Diese Aufgabe betrifft uns alle und nicht nur die südlichen Länder, die immer wieder mit überladenen Flüchtlingsbooten konfrontiert werden.

Zum einen müssen wir diejenigen, die schutzbedürftig sind, ihr Recht auf Asyl zugestehen. Einem gerechteren und schnelleren Verfahren sind wir diese Woche ein gutes Stück näher gekommen. Zum anderen können die Länder, die nicht direkt von der Ankunft der Flüchtlinge betroffen sind, nicht einfach die Augen davor verschließen.

Auch weitere innenpolitische Themen haben uns in den letzten Wochen beschäftigt. Darunter die Vereinfachung von Verfahren für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten sowie eine neue Strategie zur besseren Integration der Roma.

In diesem Newsletter erfahren Sie auch etwas über die Auftaktveranstaltung des Anfang des Jahres gegründeten Dahrendorf-Kreises sowie die Besuchergruppe, die letzte Woche von Bayern nach Brüssel kam.

*Eine gute Lektüre wünscht,
Ihre Nadja Hirsch*

Aktuelles aus den Ausschüssen

Internationaler Roma-Tag

Am 5. April stellte die Europäische Kommission ihre Roma-Strategie bis 2020 vor. Trotz erkennbarer Mängel sollen Mitgliedstaaten nicht verpflichtet werden, ihre nationalen Politiken in diesem Bereich zu verbessern. Allerdings sieht die Kommission eine "Europäische Koordination nationaler Strategien" vor.

Damit spricht sich die Kommission gegen Forderungen des Europäischen Parlaments aus, verbindliche Ziele zu setzen. Stattdessen werden nationale Ziele vorgeschlagen, die die Mitgliedstaaten bis nächsten Dezember auswerten sollen. Vier Prioritäten werden darin hervorgehoben.

1. **Bildung:** Bis 2020 sollen 100% der Roma-Kinder einen Grundschulabschluss haben. Heute ist das lediglich bei 42% der Fall, der EU-Durchschnitt liegt bei 97,5%.
2. **Beschäftigung:** die Beschäftigungsquote der Roma soll an die der übrigen Bevölkerung angenähert werden. Besonders betroffen sind die Roma von der Diskriminierung am Arbeitsmarkt.
3. **Gesundheit:** auch die Gesundheitssituation der Roma soll an die der Gesamtbevölkerung angeglichen werden, beispielsweise durch Verringerung der Kindersterblichkeit.
4. **Wohnraum:** der Zugang der Roma zu Wohnraum und öffentlichen Versorgungsnetzen (z.B. Wasser, Strom) soll verbessert werden.

Bereits Ende 2011 sollen Mitgliedstaaten nationale Strategien vorlegen. Ein Monitoringmechanismus soll jährliche Fortschritte in den oben genannten Bereichen aufzeigen. Sanktionen sind aber nicht vorgesehen.

Weiterhin wird in der Strategie das Problem angesprochen, dass Gelder aus dem Strukturfonds und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Unterstützung von Roma oftmals nicht abgerufen oder wirksam eingesetzt werden. Als Ursachen nannten einige Abgeordnete Probleme bei der Umsetzung, Verwaltung und Ko-Finanzierung, eine mangelnde Bereitschaft der Kommunen und ein fehlendes Bewusstsein für die Probleme der Roma. Daher sollen Anreize für Mitgliedstaaten geschaffen werden, die für die Roma gedachten Gelder besser abzurufen und sinnvoll einzusetzen.

Die Strategie wurde drei Tage vor Stattfinden des Internationalen Roma-Tages vorgestellt, der jährlich auf die Lage der Roma aufmerksam machen soll. Er erinnert an den ersten internationalen Roma-Kongress am 8. April 1971 in London. Dort wurde die "Romani Union" als erste weltweite Organisation der Volksgruppe gegründet.

Single Permit

Laut eines neuen Richtlinienvorschlags sollen Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten (sog. Drittstaaten) künftig ein einziges, einheitliches Verfahren durchlaufen, wenn sie eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in der EU erhalten wollen - daher der weitgebrauchte englische Ausdruck "single permit". Am 23. März sprach sich das Europäische Parlament während der sogenannten "Mini-Plenarsitzung" in Brüssel für diesen Vorschlag aus, der Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten (sog. Drittstaaten) künftig die nahezu gleichen Rechte wie EU-Bürgern im Bezug auf Arbeitszeiten, Urlaub und Sozialversicherung einräumen soll.

Klargestellt wurde allerdings auch, dass einige Entscheidungen weiterhin den Mitgliedstaaten überlassen sind, wobei es weniger Ausnahmen geben soll. So können beispielsweise Familienleistungen nur denjenigen gewährt werden, die eine mehr als 6-monatige Arbeitserlaubnis haben.

Steuervorteile sollen nur dann gewährleistet werden, wenn Familienmitglieder im selben Land leben. Entsendete Arbeitnehmer werden dadurch ausgeschlossen. Drittstaatlern soll es ermöglicht werden, ihre Renten nach ihrer Rückkehr in ihr Heimatland unter den gleichen Bedingungen zu erhalten wie Staatsangehörige des jeweiligen Mitgliedstaats. Das Recht auf Bildung und Ausbildung kann insofern beschränkt werden, dass es nur für Nicht-EU-Arbeitnehmer zutrifft, die angestellt sind oder dies waren.

In einem nächsten Schritt befassen sich die EU-Justiz- und Innenminister mit dem Sachverhalt.

Equal Pay: 84 Tage bis zum gleichen Gehalt

Rund drei Monate mussten Frauen dieses Jahr länger als ihre männlichen Kollegen arbeiten, um auf deren Vorjahresgehalt zu kommen. Diesen Tag markierte der Equal Pay Day, der in Deutschland dieses Jahr auf den 25. März fiel. Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit sollte inzwischen eine Selbstverständlichkeit sein. Ist sie aber nicht. Europaweit verdienen Frauen im Durchschnitt 17,5 Prozent weniger als Männer. Deutschland, mit einem Lohngefälle von 23 Prozent, befindet sich nur knapp vor den Schlusslichtern Österreich, Tschechien und Estland.

Ursachen für das Lohngefälle liegen neben der Geringschätzung der Arbeit einer Frau, der Segregation des Arbeitsmarktes, veralteten Rollenmustern und Einstellungen und der unzureichenden Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben schlichtweg in der offenen Diskriminierung.

Teilweise bekommen Frauen von vorne herein die schlechteren Angebote, teils geben sie sich bei Gehaltsverhandlungen zu leicht zufrieden. Frauen tendieren überdurchschnittlich zu Niedriglohnsektoren bzw. zeichnen sich die Sektoren, in denen sie stärker vertreten sind, durch sinkende Löhne und Gehälter aus (z.B. Medizin). Das ist nicht nur heute problematisch, sondern auch im Alter, wenn sich geringere Gehälter auch in einer geringeren Rente widerspiegeln.

Noch immer überwiegt in Unternehmen die 'Präsenzkultur'. Das heißt, derjenige Mitarbeiter ist der bessere, der die meisten Stunden im Büro absitzt. Das spricht gegen Frauen (oder Männer), die versuchen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Was wir brauchen sind flexible Arbeitszeitmodelle sowie den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten.

Laut Eurostat liegt die Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern in der EU bei lediglich 62,4 Prozent gegenüber 91,4 Prozent bei Männern. Mehr als ein Drittel der Frauen arbeitet in Teilzeit und nur 8 Prozent der Männer.

Aktuelles aus den Delegationen

Kroatien: Besuch der CSR Europe Gruppe in Brüssel

Am 23. März besuchte eine kroatische Delegation des Netzwerkes CSR Europe das Europäische Parlament. Zweck ihres Besuches war es, die Arbeit im Europäischen Parlament und den anderen Europäischen Institutionen besser zu verstehen und ihr von der EU unterstütztes Projekt vorzustellen. Ziel dieses Projektes ist es, CSR, also "corporate social responsibility" bzw. die soziale Verantwortung von Unternehmen, in Kroatien zu fördern und dazu ein landesweites Netzwerk aufzubauen. Das Netzwerk besteht bereits und setzt sich zusammen aus Vertretern der Wissenschaft, Unternehmensverbänden, Bankenverbänden, Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und der Plattform UN Global Compact.

Als eines der dringendsten Probleme wurde die Einstellung in Kroatien genannt, dass derartige Initiativen noch immer von der Regierung ausgehen müssen, um im Land auf Gehör zu stoßen. Daher erhoffen sich die Teilnehmer, dass das Thema der sozialen Verantwortung von Unternehmen auch beim anstehenden Besuch der Kroatiendelegation des Europäischen Parlaments in Dubrovnik angesprochen werden wird.

Zur vorherrschenden Skepsis in der Bevölkerung bezüglich des EU-Beitritts ihres Landes sowie Demonstrationen gegen die Regierung merkten die Vertreter an, dass innerhalb der Regierung die Korruption immer noch ein großes Problem sei und nicht genügend dagegen getan werde. Die Regierung versuche, den EU-Beitritt vorzuschieben, anstatt sich um interne Probleme zu kümmern. Daher würde sich der Frust der Bevölkerung mit der Regierung auch auf den EU-Beitritt übertragen.

In Kroatien stehen bald Parlamentswahlen an. Darüber hinaus muss ein Referendum über den Beitritt in der EU abgehalten werden. Es wird befürchtet, dass eine Kopplung des Referendums an die Wahlen zu einer Ablehnung des EU-Beitritts führen könnte. Er kürzlich rief der kroatische Präsident, Ivo Josipovic, dazu auf, die Wahlen bereits im Sommer stattfinden zu lassen, sollten bis dahin die Verhandlungen mit der EU nicht abgeschlossen sein. Dann könnte die neue Regierung die Verhandlungen abschließen und das Referendum abhalten.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Bayerische Besuchergruppe reist nach Brüssel

"Europa hautnah" konnten 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Bayern erleben, die ich vom 23. bis 26. März nach Brüssel eingeladen hatte. Auf dem Plan standen eine Tour durch das Europäische Parlament mit Diskussionsrunde und gemeinsamem Abendessen sowie ein Besuch der Europäischen Kommission und des Hauptquartiers der NATO. Eine Führung durch die Hauptstadt Europas und dem Geburtsort der Praline durfte natürlich nicht fehlen. Durch gemeinsame Gespräche, Fragen und kritisches Hinterfragen konnten sich die Bürgerinnen und Bürger über die EU informieren und die EU einige ihrer Geheimnisse preisgeben. Ich hoffe, dass meinen Gästen Europa dadurch ein Stückchen näher gekommen ist, die Entscheidungsprozesse ein bisschen transparenter und unsere Arbeit, die viele nur aus den Medien kennen, etwas verständlicher. Ich jedenfalls habe mich sehr über den Besuch und die spannenden Diskussionen gefreut!



Weitere Themen

Auftaktveranstaltung des Dahrendorf-Kreises



Die Diskussion über den Parteivorsitz und die Zukunft der FDP war auf ihrem Höhepunkt, als am 3. April der Dahrendorf-Kreis seine Gäste zur Auftaktveranstaltung lud. Trotzdem ging es nicht um Personalien, sondern vor allem um eines: die Themenverbreiterung der FDP. Weg von einer monothematischen Fixierung auf Steuer- und Finanzthemen und hin zu Themen, die nicht minder hoch angesiedelt sind auf der politischen Agenda und durchaus liberal: Europa, Bildung, Umwelt, Integrationspolitik - um nur einige zu nennen.

Von "qualitativer" versus "quantitativer" Freiheit sprach unser Hauptredner, Prof. Dr. Claus Dierksmeier, Professor für Philosophie am Stonehill College in den USA mit Schwerpunkt

Geschichte des liberalen Denkens. René Sternberg, Stipendiat der Friedrich Naumann Stiftung, rückte die Bildung in den thematischen Vordergrund. Es folgte eine Podiumsdiskussion, die es auch den knapp 60 Teilnehmern ermöglichte, sich in die Debatte um die Zukunft der FDP einzubringen und speziell auf das Positionspapier des Dahrendorf-Kreises einzugehen.

Diese Möglichkeit sollen Interessierte auch in den ab jetzt stattfindenden Folgeveranstaltungen haben, denn schließlich ist das Ziel, das Positionspapier weiterzuentwickeln. Der nächste Termin ist bereits am 9. April um 16 Uhr in Bayern am Rande des Landesparteitages in Amberg geben. Treffpunkt ist mein Stand im Foyer.

Zu finden ist das Positionspapier unter www.dahrendorf-kreis.eu oder bei Facebook. Direkt anfordern können Sie es auch unter info@dahrendorf-kreis.eu, wo Sie sich als Interessent aufnehmen lassen können, um über weitere Termine informiert zu werden.

Schülerpraktikanten im Europäischen Parlament

Für zwei Wochen ist Cem Ihan (auf dem Bild links außen) zu Besuch in meinem Brüssler Büro. Im Rahmen eines Schülerpraktikums wird er sich hier ein Bild machen können von den Abläufen im Europäischen Parlament und der Arbeit der Abgeordneten. Ich freue mich sehr über das Engagement seiner Schule und

Newsletter aus Europa No. 18 (April 2011)

vor allem seiner Lehrerin, die dies möglich gemacht haben. Cem interessiert sich besonders für das Thema Asyl und Integration. Während der kommenden Ausschusswoche wird er sicherlich viel darüber erfahren können, was auf europäischer Ebene in diesem Gebiet alles passiert.



"Wir, sechs Schüler der Georg-August-Zinn-Schule Reichelsheim (Odw./Hessen), entschieden uns für ein zwei wöchiges Praktikum im Europäischen Parlament in Brüssel, welches am 4. April 2011 begann. Diese äußerst interessanten Wochen verdanken wir dem Engagement von unserer Lehrerin Frau Maja Kärger, welche bereits seit drei Jahren den Kontakt zu einigen MdEP herstellt. Wir erhoffen uns, während dieses Praktikums viele nützliche Erfahrungen sammeln zu können und so den Ablauf und die Arbeit im EP näher gebracht zu bekommen."

Jugendprojekt im Parlament

Eine zehnköpfige Jugendgruppe aus Heidelberg und Berlin war am 23. März zu Besuch im Europäischen Parlament. Im Rahmen eines Projekts hatten die 18 bis 23-jährigen die Möglichkeit, die Europäische Union direkt kennenzulernen. Dazu trugen Besuche im Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und anderer Einrichtungen bei.

Speziell interessiert waren die Jugendlichen an meinen Schwerpunkten im Beschäftigungs- und Sozialausschuss und der Positionierung der ALDE bzw. FDP zu den verschiedenen Themenbereichen.



Was macht eigentlich das Büro von MdEP...

Andrew Duff



Andrew Duff ist Mitglied der *Liberal Democrats Party* in Großbritannien. Seit 1999 ist er Abgeordneter im Europäischen Parlament. Dort ist er Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen und der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei. Stellvertretend sitzt er im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, dem Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung, der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern der Andengemeinschaft sowie der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika. Seit 1997 ist er Träger des Order of the British Empire, dem britischen Verdienst- bzw. Ritterordens.

1. Als reformorientierter Europaabgeordneter sind Sie engagiert im Ausschuss für konstitutionelle Fragen, der sich zum Ziel gesetzt hat, die EU demokratischer und verständlicher zu machen. Des Weiteren sind Sie Mitglied einer Arbeitsgruppe Ihrer liberaldemokratischen Partei zur Reformierung der EU. Was ist Ihrer Meinung nach die wichtigste Reform, die in den nächsten Jahren in der EU ansteht?

Das ist ohne Zweifel die Einrichtung einer echten Wirtschaftsregierung, die darauf abzielt, den Euro zu stabilisieren sowie die Chancen einer wirtschaftlichen

Erholung zu erhöhen. Die Verbesserung der Legitimität des Europäischen Parlaments durch das Volk ist eine notwendige Begleiterscheinung eines solchen Schrittes in Richtung Föderalismus. [Herr Duff hat in diesem Zusammenhang den Ausdruck "popular legitimacy" geprägt, A.d.R.].

2. Am 7. Februar 2011 wurde der Ausschuss für konstitutionelle Fragen zur Heimat der Mathematik. $si := \min \{b + [pi/d], M\}$ war das Ergebnis einer ausführlichen, wissenschaftlichen Debatte. Könnten Sie diese Formel für unsere Leserschaft aufschlüsseln?

Newsletter aus Europa No. 18 (April 2011)

Momentan ist die Zusammensetzung des Parlaments das Ergebnis eines unziemlichen, politischen Tauschhandels unter den Mitgliedstaaten. Eine mathematische Formel, die auf einer Mindestanzahl von Sitzen für jeden Staat sowie einer darauf folgenden proportionalen Verteilung beruht, ist ein System, das fair, dauerhaft, transparent und unparteiisch gegenüber der Politik ist.

3. Als Mitglied des Europäischen Parlaments repräsentieren Sie die englische Region East of England und deren Bürger. Welche Herausforderungen und Möglichkeiten bringt die EU für Ihr Land oder Ihre Region mit sich?

Das Vereinigte Königreich driftet von der EU ab. Mein Job ist es, gegen diese nationalistische Tendenz in East of England und anderswo anzukämpfen. Falls Großbritannien Europa verlieren würde, wäre dies schlecht für beide Seiten der Nordsee.

4. Wenn Sie die Bürger in Bayern in maximal zwei Sätzen davon überzeugen könnten, Ihren Wahlkreis zu besuchen, welches wären Ihre Argumente?

East of England hat eine wunderschöne Küste und Landschaft - und wundervolle historische Städte wie Cambridge oder Norwich. Wir sind auch das Zentrum der Forschungsindustrie Großbritanniens - und wir haben großartiges Bier.

5. Sie sind in Birkenhead, einem Ort in der Nähe von Liverpool, geboren. Liverpool ist die Heimat der Fußballmannschaften Everton und Liverpool F.C. Falls eines dieser Teams in der Champions League gegen Bayern München antreten würde, welches Team würden Sie unterstützen.

Ich würde nicht hingehen. Ich unterstütze Galatasaray [Istanbul, A.d.R.].

Termine - Rückschau*

16. März	Treffen mit Ran Curiel, israelischer Botschafter zur EU/NATO zu den Beziehungen EU-Israel sowie den aktuellen Ereignissen im Nahen Osten	Brüssel
17. März	CEDEFOP-Veranstaltung: "A bridge to the future: European vocational education and training policy" (Europäischer Wirtschafts- u. Sozialausschuss)	Brüssel
18. März	Diskussion mit Schülern im Rahmen der Planspielreihe "Europas Klima wandeln"	Nürnberg
22. März	Kongress der WELT-Gruppe: "Frauen im Top-Management"	Berlin
23. März	Besuch einer Delegation des EU-Projekts "Promotion of CSR and Formation of CSR Network in Croatia"	Brüssel
23.-24. März	Programm mit der Besuchergruppe aus dem Wahlkreis	Brüssel
03. April	Auftaktveranstaltung des Dahrendorf-Kreises	Berlin

Termine - Vorausschau*

10. April	FDP Landesparteitag	Amberg
12. April	Gespräch mit der deutschen Caritas	Brüssel
13. April	Besuch einer Delegation aus Kashmir bei der Friedrich Naumann Stiftung	Brüssel
13. April	Besuch der bayerischen Eliteakademie	Brüssel
14. April	Gespräch mit der Kammer für Migration & Integration, Rat der EKD	Brüssel
6. Mai	Europawoche	Oberallgäu
7. Mai	Europäische Tierschutzpolitik im Münchner Tierheim	München

**Dies ist nur eine Auswahl von Terminen*

Aus dem "EU-Jargon"

Die Europäische Bürgerinitiative

Die Europäische Bürgerinitiative wurde als Instrument der direkten Demokratie durch den Vertrag von Lissabon geschaffen. Sie soll Bürgern ermöglichen, aktiv die Politik in der EU mitzugestalten. Wie das ganze ablaufen soll, regelt eine Verordnung.

Anhand der Bürgerinitiative können Bürger die Europäische Kommission auffordern, in einem bestimmten Politikbereich tätig zu werden - allerdings nur, wenn die Kommission für diesen Bereich auch zuständig ist. Das kann die Europäische Kommission anhand eines "Vorschlags" machen, den sie dann dem Europäischen Parlament und dem Rat unterbreitet. Der Entscheidungsfindungsprozess nimmt daraufhin seinen Lauf.

Gebraucht werden dazu mindestens 1 Mio. Staatsangehörige aus mindestens sieben der EU-Mitgliedstaaten. Die Anzahl der Bürger aus diesem Mitgliedstaat muss dem 750-fachen der Anzahl ihrer Europaabgeordneten entsprechen. Deutschland hat derzeit 99 Abgeordnete, bräuchte also 74.250 Unterschriften, Malta mit 5 Abgeordneten bräuchte 3,750 Unterschriften. Organisiert wird die Initiative von einem Bürgerausschuss, der ebenso aus mindestens 7 EU-Staatsangehörigen aus mindestens 7 EU-Staaten besteht. Sie haben 1 Jahr Zeit, die nötigen Unterschriften zu sammeln, die dann von den zuständigen Behörden im Mitgliedstaat bescheinigt werden müssen. Die Kommission hat danach 3 Monate Zeit, die Initiative zu prüfen. Kleiner Wermutstropfen: Die Kommission muss der Initiative nicht nachkommen.

Ab 1. April 2012 soll es möglich sein, eine europäische Bürgerinitiative einzuleiten.

Kontakt & Impressum

Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP
60, rue Wiertz, ASP 10G146
B-1047 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28 45573
nadja.hirsch@europarl.europa.eu
www.europahirsch.eu

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff
LIBE-Ausschuss: Nadia El Bennich
CULT-Ausschuss: Nina Elzer
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer E-Mail an nina.elzer@europarl.europa.eu

Kontakt - Wahlkreis

Europabüro München
Kontaktperson: Claudia Kunze
Rindermarkt 6, D-80331 München
Tel.: +49-89-126009-22
Fax: +49-89-126009-30

Europabüro Nürnberg
Hallplatz 15-19
D- 90402 Nürnberg

wahlkreis@europahirsch.eu
www.europahirsch.eu